

# Frankenberger Tageblatt

448

Das Tagblatt erscheint an jedem Freitag: Monats-Gesamtpreis 1,50 RM., in den Kasse-  
stellen bei Bezugsfrist 1,00 RM., bei Zahlung im Voraus 1,00 RM.  
bei Zahlung im Voraus 2,00 RM.  
Redaktion: 50 Wg., Einzelnummer 10 Wg., Sonntagsnummer 20 Wg.  
Postfachnummer: 1001. Fernrufnummer: 1001. Frankenberg.  
Telegraphennummer: 1001. Telegrammnummer: 1001.

## Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreis: Der Grundpreis für die 10. zum dreizehnhundert  
und vierzigsten Nummer beträgt 20 Reichsmark. Für die 10. zum dreizehnhundert  
und vierzigsten Nummer beträgt 20 Reichsmark. Für die 10. zum dreizehnhundert  
und vierzigsten Nummer beträgt 20 Reichsmark. Für die 10. zum dreizehnhundert  
und vierzigsten Nummer beträgt 20 Reichsmark.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Stöba, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa  
Notationsdruck und Verlag: C. G. Hoffberg (Inhaber Ernst Hoffberg jun.) in Frankenberg, Verantwortlich für die Redaktion: Karl Liebert, Frankenberg

Nr. 65

Freitag den 18. März 1927 nachmittags

86. Jahrgang

### Kurzer Tagespiegel

Das Reichskabinett hat sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Finanzausgleich beschäftigt.  
Die deutsch-sowjetische Volkspartei spricht in einem Telegramm an den Reichsaussenminister Dr. Stresemann ihren Dank für die für die sowjetischen Interessen vor dem Völkerbund aus.  
Reichspräsident Ebert ist soweit wieder hergestellt, daß er die Arbeit verlassen und sich nach seiner Wohnung begeben konnte.  
In Genfer Völkerbundkreisen wird die Nachricht von dem bevorstehenden Austritt der gemischten Kommission für Oberschlesien, Colmar, demontiert.  
Im französischen Senat hat gestern der ehemalige Senator Ecard merkwürdige Angriffe gegen Deutschland gerichtet, wobei ihm der Abgeordnete Poincaré vollkommen zustimmte.  
In den französisch-russischen Verhandlungen ist eine erste Krise ausgebrochen.  
Jaleff erklärte Professorvertretern, daß die Verhandlungen mit Deutschland in etwa zehn bis zwölf Tagen aufgenommen werden könnten und daß Polen in allerhöchster Zeit zur Aufnahme der Garantiepaktverhandlungen mit Russland bereit sei.  
Gesandter Kaufher ist wieder in Warschau eingetroffen. Er wird bereits heute eine Unterredung mit Jaleff haben.  
Die Sowjetregierung hat in einer neuen Note an China die sofortige Freilassung der verhafteten Frau Borodin gefordert.  
Coolidge soll gewillt sein, seine Wiederwahl als Präsidenten kandidieren abzugeben.  
Dauvergne hat im belgischen Senat zugegeben, daß Deutschland das volle Recht habe, die Frage der Abhehlung der Ruhr aufzuwerfen.  
In Paris ist vom Leiter der deutschen Wirtschaftsdelegation dem Ministerpräsidenten Poincaré und dem französischen Handelsminister Bokanowski das Protokoll unterzeichnet worden, das die Abhehlung über einen zünftigen definitiven Handelsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich regelt.

### Rußlands Furcht vor der Isolierung

Aktivität der Moskauer Außenpolitik  
(Von unserem Berliner Vertreter.)  
Berlin 18. März.

Die Moskauer Regierung hatte mit großer Nervosität die jüngsten Verhandlungen in Genf verfolgt und befürchtete offensichtlich, daß der belgische Außenminister Chamberlain versuchen würde, auch Deutschland für seine Einkreisungspolitik gegenüber Russland zu gewinnen. Auch in den deutschen politischen Kreisen hatte man zunächst Bedenken, daß Dr. Stresemann in seinen Besprechungen mit Chamberlain gewissen Einschränkungen unterliegen könnte. Es besteht jetzt aber Gewissheit darüber, daß der britische Außenminister nicht im geringsten den Versuch gemacht hat, eine Neuorientierung der deutschen Außenpolitik herbeizuführen. In der Wilhelmstraße wird das bestätigt und man weist mit allem Nachdruck darauf hin, daß für die deutsche Außenpolitik die Abmachungen von Locarno und der Berliner Vertrag mit Russland auch weiterhin die Grundlage bilden werden. Das Kabinett ist sich in dieser Hinsicht durchaus einig und auch die deutschen nationalen Minister lehnen in Überstimmung mit ihrer Fraktion eine einseitige Orientierung der deutschen Außenpolitik entschieden ab. Wie wir von diplomatischer Seite hören, hat auf Anweisung des Auswärtigen Amtes der deutsche Botschafter in Moskau, Graf Brodowski-Ronow, erneut bei den dortigen Regierungsstellen darauf hingewiesen, daß die vielfach geäußerten Bedenken, Deutschland könnte in Genf gewisse Bindungen eingegangen sein, die dem Berliner Vertrag widersprechen und eine unerwünschte Maßnahme gegen die Sowjetregierung darstellen würden, durchaus unzutreffend sind. In den Berliner Regierungskreisen verzeichnet man es mit Genugtuung, daß die maßgebenden russischen Blätter jetzt eine andere Haltung gegenüber Deutschland einnehmen und ihre Befürchtungen fallen gelassen haben, daß Dr. Stresemann mit Chamberlain gewisse Vereinbarungen getroffen hätte.

Nachdem in Moskau wieder eine Beruhigung eingetreten ist, entfaltet man dort wieder mehr Aktivität in der Außenpolitik, die ganz offensichtlich gegen England gerichtet ist. Es sei nur auf den soeben vollzogenen Abschluß des russisch-lettischen Vertrages hingewiesen, der zweifellos einen Sieg über die englische Politik in den Baltikländern darstellt. Lettland legt sich mit diesem Vertrage zweifellos in Gegensatz zu Estland, aber die lettische Regierung weiß sehr wohl, daß dem Lande von Seiten Englands keine größere Gefahr droht, als von dem kleinen Estland. Mit dem Vertrage mit Lettland hat Moskau allerdings nur einen Bruchteil seiner Bestrebungen in den Randstaaten erreicht. Die Ziele der Moskauer Nachkriegspolitik gingen vor allem dahin, auch mit Finnland einen Garantievertrag abzuschließen. Während der finnische Gesandte in Moskau sich mit allem Nachdruck für eine betragslose Politik eingesetzt hatte, hat man jedoch in finnischen Regierungskreisen in letzter Stunde abgeblieben und der Gesandte Finnlands in Moskau ist von seinem

Wort abberufen worden, weil er anscheinend eine Politik auf eigene Faust getrieben hat.  
Die russisch-französischen Verhandlungen scheinen jetzt gleichfalls wieder in Gang zu kommen, was die gestrige Unterredung des russischen Botschafters in Paris, Katoski, mit Briand beweist. Tschischewin, der russische Volkskommissar für Auswärtiges, hatte zwar in Aussicht genommen, sich persönlich nach Paris zu begeben, um diese Verhandlungen, denen zunächst die Frage der Anerkennung der russischen Vorkriegsschulden zugrunde liegt, zu fördern. In den unterrichteten Kreisen Berlins liegen jedoch zuverlässige Informationen vor, nach denen Tschischewin vorläufig seinen Plan aufgegeben und Katoski mit der Führung der Verhandlungen beauftragt hat.

### Scharfe Angriffe gegen die deutsche Reichswehr im französischen Senat

Paris, 18. 3. Der ehemalige Abg. Ecard ergriff im Laufe der Senatsdebatte über die Zuschüsse für das Kriegsbudget das Wort, um einen Vergleich zwischen dem französischen und deutschen Heeresbudget zu führen. Der Abgeordnete richtete heftige Angriffe gegen die deutsche Reichswehr, von der er sagte, sie bilde einen Staat im Staate. Die Kreditlinie für das deutsche Heeresbudget 1927 seien unverändert hoch geblieben. Die Sozialisten hätten nur eine Verminderung um 1 Prozent durchsetzen können. Gehler verweigerte die Kontrolle über die Kredite. Die von dem Belgier de Broqueville gedehnte Beurteilung sei daher vollkommen begründet. Der Abgeordnete behauptete weiter, daß russische Fabriken für die Reichswehr arbeiteten. Erst kürzlich seien 350 000 Gewehre aus Russland in Stettin eingetroffen. Stettin habe erklärt, daß Deutschland weder das Recht habe, es zu erklären, noch es zu verkaufen. Graf Westphal habe ähnliche behauptungen gemacht. Das alles und Ähnliches führte der Redner, wie sich zeigte, nur deswegen an, um schließlich die Annahme des französischen Kriegsbudgets zu rechtfertigen. Poincaré erklärte abschließend, man müsse den Ausführungen des Senators volle Aufmerksamkeit schenken. Alle Maßnahmen zur Sicherung des Friedens und der nationalen Sicherheit müßten getroffen werden.

### Gilbert gegen den Etat?

Erfolg sozialistischer Wählerarbeit.  
Paris, 17. 3. Der „Temps“ will erfahren haben, daß der Reparationsagent wegen der Höhe des deutschen Reichsetats Vorstellungen bei der deutschen Regierung erheben wolle.  
Das Blatt beruft sich für das Vorgehen des Generalagenten auf die Aufrufe der sogenannten deutschen Friedensgesellschaft.

### Die Richtlinien für den künftigen deutsch-französischen Handelsvertrag

Berlin, 17. 3. Von dem Leiter der deutschen Wirtschaftsdelegation und dem französischen Handelsminister Bokanowski ist, wie die T.Z. erfährt, das Protokoll unterzeichnet worden, das die Richtlinien für einen zünftigen definitiven Handelsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich regelt. Von französischer Seite wird demgemäß auf das Bündnisrecht des Provisoriums, das den Franzosen zum 21. März auf den 1. April zustand, verzichtet werden. Das zur Zeit die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Frankreich regelnde Provisorium, das am 1. Juni abläuft, ist auf Wunsch der Franzosen erweitert worden. Den Franzosen ist ein ihren Wünschen entsprechendes Kontingent der Weineinfuhr nach Deutschland zugestanden worden, während der deutschen Industrie Zugeständnisse für die Einfuhr von chemischen und elektrischen Handelswaren sowie von Maschinenexport nach Frankreich gemacht wurden.  
Paris, 18. 3. (Kaufrub.) Die gestrige Unterzeichnung der Richtlinien für den künftigen deutsch-französischen Handelsvertrag bezeichnet das „Journal“ als eine besonders wichtige Phase in den deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen. Das Blatt kommt dann auf die Schlichterarbeiten zu sprechen, die sich seit mehr als zwei Jahren dem Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages

### Wichtige diplomatische Verhandlungen in Berlin

(Eigener Informationsdienst.)  
Berlin, 18. März.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann hatte in den letzten Tagen eingehende Besprechungen mit dem russischen Botschafter, dem Botschafter Italiens und dem polnischen Gesandten. Die zentralen Stellen erklärten, hierzu, daß es sich bei diesen Unterredungen lediglich um Erörterungen der stehenden politischen Fragen handele. Nach unseren Informationen kommt den Unterredungen Dr. Stresemanns mit den Vertretern der auswärtigen Mächte jedoch höchstpolitische Bedeutung zu. Bei der Verhandlung mit dem polnischen Gesandten handelte es sich allerdings nur um die Frage der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Berlin und Warschau über die Niederlassungsfrage. Das Warschauer Kabinett hat allerdings im Gegensatz zu der Reichsregierung noch keinen Beschluß über den Zeitpunkt der Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen gefaßt und auch der Vereinbarung des polnischen Außenministers mit Dr. Stresemann in Genf bisher nicht zugestimmt. In dem Berliner Regierungskreis wird diese Verzögerung durchaus nicht für bedenklich betrachtet, sondern man ist hier durchaus der Überzeugung, daß die diplomatischen Besprechungen schon in den nächsten Tagen erfolgen werden. Der deutsche Gesandte ist jedenfalls mit neuen Instruktionen und weitgehenden Vollmachten versehen, wieder auf seinem Posten zurückzukehren.  
Was nun die Besprechungen Dr. Stresemanns mit dem italienischen Botschafter betrifft, so werden daran Kombinationen geduldet, die durchaus richtig sind. Man will wissen, Italien wolle den deutschen Außenminister verlassen, zwischen Rom und Moskau zu vermitteln. Diese Vermittlungsaktion sei durchaus notwendig angesichts der plötzlich eingetretenen Abkühlung in den Beziehungen Sowjet-Russlands zu Italien. In Moskau hat bekanntlich die italienische Anerkennung der Amizion Behatubens durch Russland, die während der jüngsten Völkerbundversammlung erfolgt ist, stark verstimmt. Gegenüber

### Russische Propagandamanöver im Baltikum

Riga, 17. 3. Die Moskauer „Pravda“ nimmt erneut Stellung zu dem russisch-lettischen Vertrage und betont, daß dieser ein besonderer Erfolg der russischen Diplomatie sei. Natürlich vertritt sie auch, daß sich der Vertrag nicht gegen den Völkerbund richte, vielmehr in allen Punkten mit den Völkerbundsbestimmungen übereinstimme. — Wie weiter gemeldet wird, nähern sich die russisch-estnischen Verhandlungen über den Garantiepakt gleichfalls ihrem Ende. Es blieben nur noch (1) die Punkte über den Völkerbund und eine technische Frage betreffend die Ostsee offen.

### Rabbinetsberatung über die schwierige Finanzlage

(Eigener Informationsdienst.)  
Berlin, 18. März.

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers beschäftigte sich das Reichskabinett am Donnerstag nachmittags mit der schwierigen Finanzlage des Reiches. Der Reichsfinanzminister Dr. Brüderer referierte eingehend über diese Frage und machte Mitteilung von dem Ergebnis seiner bisherigen Bespre-